

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XIX/236

Bonn, den 10. Dezember 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

1 - 2

Von Fusion weit entfernt

55

Die "Sitzfrage": Straßburg - Luxemburg - Brüssel ?

Von Egon Heinrich

2

Unfair

32

Haushaltslücken

Die Bundesregierung drückt sich vor ihrer Pflicht

3 - 4

"Gewachten" ohne Hinweise zur Besserung

91

Wanko auch im beruflichen Bildungswesen

Von Bernhard Wittmann

5 - 6

Die Atomstrategie des Generalpräsidenten de Gaulle

55

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

6

"Die" oder "eine" MLF ?

33

Pariser NATO-Konferenz wirft ihre Schatten voraus

\*

\*

\*

- 1 -  
Von Fusion weit entfernt

Die "Sitzfrage": Straßburg - Luxemburg - Brüssel ?

Von Egon Heinrich

In Brüssel haben die Minister aus den sechs EWG-Ländern zu ihrem schon traditionellen Jahreschluß-Agrar-Marathon 1964 angesetzt. Nach dem mit zusätzlichen 840 Millionen DM Subventionen jährlich erkaufte Getreidepreisschluß der Bundesregierung sind die Aussichten für eine Einigung diesmal relativ günstig. Man kann damit rechnen, daß nach einem Kompromiß in Brüssel im westdeutschen Regierungslager die Wellen des europapolitischen Selbstlobs hochschlagen werden.

Unterdessen scheint die Europapolitik in einer Frage Schiffbruch zu erleiden, die von der deutschen Regierung schon vor mehreren Monaten als ein europapolitischer Erfolg dargestellt worden war.

- \* In der Frage der Fusion der drei Exekutiven EWG-Kommis-
- \* sion, Hohe Behörde der Montanunion und Euratom-Kommis-
- \* sion sind die Sechs von einer Einigung weiter entfernt
- \* denn je.

Die Verschmelzung der drei Europa-Spitzenbehörden sollte ursprünglich schon am 1. Januar 1965 in Kraft treten. Im September galt dieser Termin noch als sicher. Inzwischen redet kaum noch jemand davon. Die Regierungen haben kein geringes Interesse daran, diesen Mißerfolg möglichst zu vertuschen. Die Fusionsfrage ist auch angesichts der von Frankreich aus wirtschaftlichen Gründen bewußt hochgespielt-Getreidepreisfrage in den vergangenen Monaten mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Frankreich selbst hat ja auch kein besonderes Interesse an der Fusion.

Im Fusionsstreit stehen sich - wenige Wochen vor dem geplanten Termin - die Meinungen und Interessen der Sechs nach wie vor unversöhnlich gegenüber. Luxemburg weigert sich, das schon perfekt ausgearbeitete Fusionsabkommen zu unterzeichnen, solange es für den Abzug der Hohen Behörde keinen akzeptablen Ersatz an Europa-Beamten erhält. Die Luxemburger Forderung nach einer Verlegung der Plenartagungen des Europäischen Parlaments von Straßburg nach Luxemburg wird jedoch von der französischen Regierung strikt abgelehnt.

Ein Kompromißvorschlag sah vor, daß künftig je die Hälfte der Plenartagungen in Straßburg und Luxemburg stattfinden solle. Während seiner Novembertagung hat sich über das Europäische Parlament mit Mehrheit dafür ausgesprochen, daß die Vollsitzungen auch künftig in Straßburg stattfinden sollen. Obwohl der Ministerrat der EWG juristisch nicht an dieses Votum gebunden ist, kann er es doch nicht ohne weiteres übergehen. Den Gegnern Luxemburgs wurde dadurch vielmehr ein weiteres Argument in die Hände gespielt.

Die Lage ist also ziemlich verworren. Eine Einigung vor Jahresende erscheint unmöglich. Dazu hat sicher auch sehr viel die Ungeschicklichkeit der deutschen Minister und ihrer Staatssekretäre beigetragen. Der deutsche Vertreter im Ministerrat hat im zweiten Halbjahr 1964 den Vorsitz im Ministerrat inne. In dieser Eigenschaft hatte ein

deutscher Staatssekretär zweimal beim Europäischen Parlament interveniert und eine klare Entscheidung in der Sitzfrage verhindert. Nachdem die christlich-demokratische und gaullistische Mehrheit des Europa-Parlaments der Order des Ministerrats im September und Oktober noch getreulich gefolgt waren, wollte sie während der Novembersitzung plötzlich abstimmen. Man hatte nun eingesehen, daß man dem Ministerrat auf der Leim gegangen war. Durch diese späte Entscheidung des Europäischen Parlaments bleibt nun im Ministerrat so gut wie keine Zeit, um vor Jahresende noch einmal eingehend die Fusionefrage zu erörtern und zu einer Entscheidung zu gelangen.

Eine andere Ungeschicklichkeit leistete sich ein deutscher Minister, der behauptete, die luxemburgische Regierung habe einen Beschluß "in völliger Verkenntung ihres wirklichen politischen Gewichts" gefaßt. Eine derartige Einschätzung eines kleinen EWG-Partners zeugt nicht gerade von europäischen Gemeinschaftsgeist.

+ + +

#### Unfair

Haushaltungslücken - die Bundesregierung drückt sich vor ihrer Pflicht

sp - Mit den großzügigen finanziellen Zusagen an die deutsche Landwirtschaft ihr 840 Millionen DM z u s a t z l i c h 1965 zu gewähren, hat der Bundeskanzler für die Verhandlungen um die Senkung der Getreidepreise in der EWG-Runde grünes Licht gegeben. Für diese 840 Millionen DM ist im Haushaltsentwurf des Bundes 1965 keine Mark vorgesehen. Also muß diese Summe eingespart werden; bei einem Bundeshaushalt in Höhe von 63,9 Milliarden DM anscheinend eine einfache Sache. Leider nicht. Schon der vorliegende Haushaltsentwurf für 1965 weist eine Finanzlücke von 691 Millionen DM aus.

Der Finanzminister Dr. Dählgrön drückte sich vor der Aufgabe, diese Summe in den einzelnen Etabpositionen des Bundeshaushaltes selbst zusammen zu streichen, er wies diesen Gesamtbetrag lediglich als Minderausgabe aus und der Haushaltsausschuß muß zur Zeit das Streichungsgeschäft für den Herrn Finanzminister vollziehen. Wenn jetzt durch die Bereitstellung der 840 Millionen DM für die Landwirtschaft abermals dem Haushaltsausschuß das Streichungsgeschäft in der Etabberatung zugewiesen werden sollte, muß gegen diese Drückebergerei der Bundesregierung vor der Verantwortung Front gemacht werden. Die Bundesregierung erfüllt einfach nicht mehr ihre Pflicht, wenn sie wiederholt die schlechte Methode beibehält, den Haushaltsentwurf mit globalen Minderausgaben ausgleichend vorzulegen und dem Haushaltsausschuß das Geschäft überläßt, durch Streichungen der Positionen den Ausgleich des Haushaltes für die Bundesregierung herbeizuführen.

Die Bundesregierung drückt sich mit dieser Methode vor ihrer Verantwortung, die Positionen im Bundeshaushalt selbst zahlenmäßig genau festzulegen. Wie die Bundesregierung die Haushaltsplanung und Etabstatisierung jetzt praktiziert, das ist mit einer soliden, verantwortungsvollen Etabgestaltung nicht mehr vereinbar. Für die zusätzliche Streichung im Haushaltsentwurf 1965, um der Landwirtschaft die 840 Millionen DM bereitzustellen, muß die Bundesregierung konkrete Einzelvorschläge machen. Vor dieser Verantwortung darf die Bundesregierung nicht kneifen.

+ + +

## "Gutachten" ohne Hinweise zur Besserung

Manko auch im beruflichen Bildungswesen

Von Bernhard Wittmann

Mitte Oktober 1964 hatte Bundeskanzler Erhard sein Amt ein Jahr inne. In seiner Regierungserklärung hielt er damals das deutsche Berufsbildungswesen für mustergültig. Mittlerweile haben jedoch zahlreiche Stimmen das Gegenteil festgestellt.

Unser berufliches Bildungswesen ist in Unordnung, und zwar schon seit Jahren. Das ist wohl allgemein unbezweifelt. Es kann auch gar nicht anders sein, wenn man die anderen Gebiete des deutschen Schul- und Erziehungswesens betrachtet; Ein Notstand auf dem einen Gebiet hat zwangsläufig auch Folgen für andere Gebiete. Außerdem hat die gesellschaftliche Entwicklung die Schule nicht nur überholt, sondern schon sozusagen überrundet. Die Änderung der Gesellschaftsstruktur wurde wohl am nachhaltigsten verursacht durch die Änderung der Arbeitswelt. Gerade da aber liegt die Nahtstelle zur beruflichen Bildung. Wen wundert es da noch, wenn man von unserem berufsbildenden Schulwesen sagen muß: Es ist in Unordnung!

Diese Feststellung ist mit Zahlen zu belegen. So wird beispielsweise einer Untersuchung des DGB zufolge in keinem Bundesland die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von mindestens acht Wochenstunden Unterricht in den Berufsschulen erreicht. Nur in den Ländern Hamburg, Bayern und Berlin erhalten unter zehn Prozent der Berufsschüler weniger als sechs Stunden Unterricht in der Woche. In den übrigen Bundesländern sinkt die Zahl der Schüler, die weniger als sechs Wochenstunden Berufsschulunterricht haben, bis zu 78,8 Prozent.

\* \* \*

Angesichts dieser Situation dürfte man mit Spannung auf das "Gutachten über das berufliche Ausbildungs- und Schulwesen" vom 10. Juli 1964, erstellt vom Deutschen Ausschuss, warten. Man hatte darauf entscheidende Hoffnungen gesetzt. Wird es den Weg aus dieser Notlage weisen, wird es ein Schritt zu einer entscheidenden Besserung sein?

In einer Art Präambel stellt der Ausschuss seine Grundeinstellung seinen Empfehlungen voraus: "Der Ausschuss bejaht die "duale" Ausbildung in Betrieb und Berufsschule. Er versteht darunter die ständige "Begleitung" der Betriebsausbildung durch die Teilzeit-Berufsschule, aber auch andere Formen, in denen geschlossene Schul-Lehrgänge die Betriebsarbeit unterbrechen, ihr vor- oder nachgeschaltet sind. Der Ausschuss empfiehlt, sowohl die Betriebs- und Meisterlehre als auch die beruflichen Schulen auszubauen; er hält in Einzelbereichen auch bis an den Grund gehende Neugestaltungen für erforderlich."

\* \* \*

Aus dieser Grundhaltung heraus tendieren auch die wesentlichsten Empfehlungen:

- \* Erhöhung des Berufsschulunterrichts auf zwölf Wochenstunden;
- \* dabei eine stärkere Berücksichtigung für die Bereiche der Allgemeinbildung als bisher;

- \* Lehrabschlußzeugnis von Schule und Betrieb gemeinsam nach einer Prüfung erteilt;
- \* Wegfall der Bezeichnung Anlernberufe;
- \* Einführung der Bezeichnung Berufsvorschule für die bisherige Berufsfachschule;
- \* berufspädagogische Ausbildung und Weiterbildung für alle in den Betrieben für die Ausbildung Verantwortlichen;
- \* Suche nach Einrichtungen für die Lehrlinge in den Klein- und Mittelbetrieben, die den Lehrwerkstätten der Großbetriebe entsprechen u.a.

In seiner Grundhaltung ist der Deutsche Ausschuß also im wesentlichen für eine Beibehaltung der beruflichen Ausbildung, die basiert auf einer Gesellschaftsordnung, die aus dem Mittelalter kommt und in einem gesetzlichen Rahmen steht, der augenblicklich noch durch die Gewerbeordnung von 1869 und andere Rechtsvorschriften aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg gespannt wird.

Die von ihm gemachten Vorschläge modifizieren diese Grundeinstellung nur, berücksichtigen aber nicht genügend die vom Ausschuß in seinen umfangreichen Vorbermerkungen durchaus gesehenen Änderungen unserer heutigen Welt und die in anderen Ländern gemachten Erfahrungen und Änderungen. So sind sie nur ein Herumkurieren an Symptomen. Sie werfen neue Fragen auf, anstatt solche zu beantworten: Wie soll die pädagogische Ausbildung der Betriebsausbilder sein?

- \* Wie soll in einem Berufsausbildungsgesetz geregelt werden? Ist es überhaupt erforderlich?
- \* Nach welchen neuen Kriterien soll die Zulassung als Ausbildungs- und Lehrbetrieb erfolgen und wie ist die Verzahnung der Berufsschule mit dem zehnten Schuljahr und was kann und muß sie auf diesem Gebiete gemeinsam mit der Hauptschule leisten?
- \* Wie ist es möglich, die geforderten zwölf Stunden Berufsschulunterricht möglichst bald hundertprozentig zu erteilen und welche Schritte müssen unternommen werden, um auch den Lehrlingen in Klein- und Mittelbetrieben ähnliche Einrichtungen wie Lehrwerkstätten zu ermöglichen? (Zur Zeit haben nur 15 Prozent aller gewerblichen Lehrlinge Lehrwerkstätten zur Ausbildung zur Verfügung).
- \* Wer soll sie unterhalten und wer an ihnen lehren? - Was geschieht mit den Jugendlichen, die keinen Lehrvertrag eingehen, (die es nach Ansicht des Ausschusses auch weiterhin geben wird) die aber doch einen Anspruch auf eine irgendwie geartete Ausbildung über den für alle verbindlichen Berufsschulpflichtunterricht hinaus haben, wie sie Lehrlinge, Berufsvorschüler, höhere Schüler usw. erhalten?
- \* Wie wird der Leitsatz der EWG für die Berufsausbildung verwirklicht, der da lautet: Ausbildung für alle (also auch für die jugendlichen Hilfsarbeiter)? - Kann man heute überhaupt noch die berufliche Ausbildung als einen 'eigenständigen' Bildungsweg betrachten?
- \* Was wird vorgeschlagen angesichts der Tatsache, daß heute jeder zweite Arbeitnehmer in der Bundesrepublik mindestens einmal seinen Beruf gewechselt hat?
- \* Was ist für die Familien zu tun, denen es trotz des zunehmenden Wohlstandes auch heute noch finanziell schwer fällt, ihrem Kind eine weitere Ausbildung zu ermöglichen?

Fragen über Fragen, und das sind sicher noch längst nicht alle, die das Gutachten offen läßt. Es gibt sicher manche verdienstvolle Anregung. Einen Weg zur Besserung aber zeigt es nicht auf.

## Die Atomstrategie des Generalpräsidenten de Gaulle

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Seit dem Beschluß der französischen Nationalversammlung am 3. Dezember 1964 kann General de Gaulle nun an seiner Atomwaffe mit 80 Milliarden harten Franken und wahrscheinlich noch mehr bauen. Mit dem auf fünf Jahre berechneten "Rahmengesetz" ist nunmehr jeder Weg zu einer multilateralen Atomstreitkraft für Frankreich juristisch, politisch und militärisch vereperrt.

### Aillerets Pläne

Wie die gegenwärtige französische Staatsführung die Atomwaffe gegebenenfalls praktisch einzusetzen gedenkt, verrät der Generalstabschef General Ailleret schon im Sommer. Man hat seinem Vortrag vor hohen Beamten der NATO-Partner in Deutschland zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Jetzt erst erhalten seine Ausführungen brennende Aktualität für die Bundesrepublik.

Sofortiger Einsatz s t r a t e g i s c h e r Kernwaffen sei zur Verteidigung Europas unbedingt notwendig, behauptete Ailleret im Einklang mit de Gaulle. Begrenzte oder t a k t i s c h e Atomwaffen werden ebenso als u n t a u g l i c h bezeichnet, wie herkömmliche Streitkräfte. Die vom amerikanischen General Maxwell Taylor gewünschte "flexible Antwort" wird nicht nur aus politischen, sondern vor allem aus militärischen Gründen von Frankreich abgelehnt. Ein massiver Vorstoß selbst herkömmlicher Streitkräfte aus dem Osten könne in Europa weder durch herkömmliche noch durch rein taktische Kernwaffen gestoppt werden, weil das Kräfteverhältnis durchaus zugunsten der Sowjets sei, sowohl auf dem Land, als auch noch mehr in der Luft.

### Am Eisernen Vorhang oder am Rhein ?

Ein sowjetischer Vorstoß könnte somit am Eisernen Vorhang nicht aufgehalten werden, heißt es weiter. Der R h e i n wäre schon eine "sehr günstige" Lösung. Wahrscheinlicher müßte man sich an der Somme, der Aisne, in den Vogesen, im Jura und in den Alpen schlagen.

Auch mit taktischen Atomwaffen komme man nicht viel weiter, denn "man müßte ständig eine sehr große Anzahl von kleinkalibrischen Nuklearwaffen oder eine kleinere Zahl sehr starker Waffen abfeuern", um eine Invasion aus dem Osten aufzuhalten. Das Ergebnis wäre eine totale Verwüstung Europas, auf einem Raum von 3 000 Kilometern, von Atlantik bis zur Grenze der Sowjetunion.

Diese Methode sollte laut Ailleret nur dann zur Anwendung kommen, wenn es wirklich kein anderes Mittel gebe, nämlich "wenn die Vereinigten Staaten, die heute als einzige westliche Macht Nuklearreserven besitzen, um einen großen Atomkrieg zu führen, sich zu dieser Methode entschließen und alle anderen ablehnen". Jedenfalls müßten die westlichen Streitkräfte "geistig und materiell" auf diese Hypothese vorbereitet sein, die aber jedenfalls nicht als empfehlenswert betrachtet werden könne.

### "Ausrottung an der Wurzel"

Aus diesen Gründen fordert Frankreich "die sofortige strategische Aktion", nämlich "die Ausrottung der Aggression an der Wurzel, durch strategische Atombombardierung des Kriegspotentials im angreifenden

Land". Diese Bombardierung soll durch eine Schlacht ergänzt werden, in welcher die "Masse" der Aggressoren, die dennoch durchbrechen könnte, "vernichtet" oder "zurückgeworfen" wird.

Mit der Atomwaffe sei es heute möglich, den Krieg in die angreifenden Länder zu tragen, aber nur mit strategischen und nicht mit ausschließlich taktischen Atomwaffen.

Dies sind die militärstrategischen Betrachtungen und Pläne, die der gaullistischen Militärpolitik zugrunde liegen. Wie diese Politik und Strategie auf einem winzigen Zipfel des alten Kontinents, unabhängig von den beiden nuklearen Supermächten, verwirklicht werden soll, bleibt ein Rätsel.

" D i e " oder " e i n e " MLF ?

Pariser NATO-Konferenz wirft ihre Schatten voraus

Am Vorabend der Pariser NATO-Konferenz scheint keine der an den Verhandlungen beteiligten Mächte bereit zu sein, das ursprüngliche Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht auf offener Markt, d.h. in der NATO-Konferenz selbst, zu diskutieren. Jeder fürchtet, de Gaulle würde sich keiner möglicherweise zustandekommenden Mehrheit für ein bestimmtes Projekt anschließen und die schon bestehenden Meinungsverschiedenheiten bei den NATO-Mächten noch vertiefen. Trotz dieser widersprüchlichen Situation ergibt sich doch eine Übereinstimmung: Alle NATO-Mächte wollen offenbar einer Art Prinzipienklärung zugunsten gemeinsamer Anstrengungen auf dem Gebiet der atomaren Verteidigung des Westens zustimmen, ohne hierbei zu sagen, wie die gemeinsame Verteidigung in der Praxis organisiert werden und funktionieren soll. Das bedeutet: Man befürwortet eine MLF, lehnt jedoch die ursprünglich von den Amerikanern konzipierte MLF ab.

Das muß nicht unbedingt ein Unglück sein, denn auch von einflussreichen amerikanischen Politikern und Militärs wird jetzt das erste MLF-Projekt keineswegs mehr als der Weisheit letzter Schluß betrachtet. Nach den Gesprächen zwischen Johnson und Wilson ist deutlich geworden, daß die angelsächsischen Mächte einerseits bemüht sind, ihre ursprünglichen Meinungsverschiedenheiten abzubauen, andererseits aber auch eine neue gemeinsame Verhandlungsbasis mit den übrigen NATO-Partnern suchen.

Hierbei dürfte es sich kaum um grundsätzlich neue Vorschläge handeln, sondern vielmehr um den Versuch, vom Prinzip der Gemeinsamkeit ausgehend, organisatorisch-technische Veränderungen anzustreben, mit deren Hilfe es gelingen könnte, auch Frankreich in die gemeinsame atomare Verteidigung einzubeziehen. Nach Lage der Dinge ist man sich jedoch bewußt, daß de Gaulle zunächst sein Hauptaugenmerk auf die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Atommacht richtet, an die das angelsächsische Projekt, dem auch die Bundesregierung zustimmen dürfte, nur "angehängt" wird.

+ + +